



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	30. Sitzung
Datum	Donnerstag, den 07.05.2009
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	19:55 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 351 des Neuen Rathauses

Anwesend waren: vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Schmidt-Burbach,	CDU
Stadtverordnete Koster, (i.V.f. Stv. Jordan)	SPD
Stadtverordneter Pohl,	SPD
Stadtverordneter Pross, (bis 19.30 Uhr)	SPD
Stadtverordneter Kraft, (ab 18.20 Uhr)	SPD
Stadtverordneter Kleber, (von 18.05 - 18.20 Uhr i.V.f. Stv. Kraft)	SPD
Stadtverordneter Gerhardt, (ab 18.15 Uhr)	CDU
Stadtverordneter Breidsprecher, (i.V.f. Stv. Schäfer)	CDU
Stadtverordneter Scharmann,	CDU
Stadtverordneter Kunz,	FW
Fraktionsvorsitzender Michalek,	B90/Grüne
Stadtverordneter Meißner,	FDP

vom Magistrat:

Stadtrat Beck,	CDU
----------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Preiß, Rechtsamt	ohne
Herr Hartert, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften	ohne

Herr Volz, Tiefbauamt ohne
Herr Adami, Planungs- und Hochbauamt ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Hemmelmann, als Schriftführer
Frau John

ferner war anwesend:

Herr Becker, Seniorenrat

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

FrkV M i c h a l e k verwies auf die neue Regelung, wonach grundsätzlich alle Vorlagen öffentlich zu behandeln seien. Er schlug vor, dies in Zukunft auch hier im Ausschuss so zu handhaben. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Die Ausschussmitglieder befürworteten einstimmig die nachstehende

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

1279/09

Umsetzung des Friedhofspflegewerkes zum Alten Friedhof

I/461

TOP 2

1298/09

Maßnahmenplan Sanierung Ruine Kalsmunt

I/466

TOP 3

1272/09

Erneuerung der Wetzbachbrücke Gänswende im Stadtteil Nauborn

I/470

TOP 4

1239/09

**Straßenbenennung Zufahrtsweg an der L 3451
zwischen den Gemarkungen Steindorf und Albshausen**

I/469

TOP 5

1277/09

Erarbeitung eines bereichsbezogenen Entwicklungskonzeptes für die Bahnhofstraße

I/458

TOP 6

1278/09

**Errichtung eines Kindergartens im Bereich der Spilburg
Prüfungsauftrag**

I/459

TOP 7

1323/09

Neubau eines Bürgerhauses im Stadtteil Hermannstein

I/468

TOP 8

1281/09

**Ausbau Brückenstraße / Hausertorstraße
Begrünung und Platzgestaltung**

I/462

Mitteilungsvorlage

TOP 9

Sachstandsberichte

TOP 9.1

Vergrößerung Pendlerparkplatz Münchholzhausen

TOP 9.2

Erweiterung Deponie Eulingsberg

TOP 10

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 26.03.2009

TOP 11

Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

1279/09

Umsetzung des Friedhofspflegewerkes zum Alten Friedhof

StR B e c k teilte mit, das im Umweltausschuss die Vorlage im Geschäftsgang geblieben sei und schlug dies auch für den Bauausschuss vor. Damit erklärte sich der Ausschuss einverstanden.

Die Vorlage wurde im Geschäftsgang belassen.

TOP 2

1298/09

Maßnahmenplan Sanierung Ruine Kalsmunt

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h erläuterte die historische Bedeutung des Kalsmunt. FrkV M i c h a l e k wies darauf hin, dass das in der Begründung der Vorlage auf Seite 2 (1. Zeile) genannte Datum richtig lauten müsse: 04.07.2007.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 3

1272/09

Erneuerung der Wetzbachbrücke Gänsweide im Stadtteil Nauborn

StR B e c k teilte mit, dass der Umweltausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt habe.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 4

1239/09

Straßenbenennung Zufahrtsweg an der L 3451 zwischen den Gemarkungen Steindorf und Albshausen

Stv. P o h l bat um Erläuterung, wie die im Plan dargestellten Grundstücke angedient werden, da auf der beigefügten Skizze die öffentliche Straße zu kurz sei. Herr H e m m e l m a n n erläuterte, dass alle Grundstücke durch Wege angedient werden, die zum Teil auf den privaten Grundstücken liegen und entsprechend rechtlich abgesichert sind.

FrkV M i c h a l e k beklagte die etwas seltsame Namensgebung des Ortsbeirates. Herr H e m m e l m a n n erläuterte, dass es sich hierbei um die Anlehnung an eine Flurbezeichnung handele.

Abstimmung: 10.1.0

TOP 5

1277/09

Erarbeitung eines bereichsbezogenen Entwicklungs-

konzeptes für die Bahnhofstraße

StR **B e c k** berichtete zunächst über die anstehenden Planungen durch die Bauverwaltung und bezog sich dabei auf die Diskussion während der Haushaltsplanberatung. Es solle ein Gesamtkonzept erstellt werden und kein Masterplan, so wie es in der Vergangenheit auch schon einmal von der SPD gefordert worden sei. Es gab bereits Verhandlungen mit Planungsbüros und es wird zur Zeit innerhalb des Planungs- und Hochbauamtes ein Leistungsverzeichnis bzw. ein Arbeitsplan erstellt. Dabei gehe es nicht darum, allein die Bahnhofstraße zu untersuchen, sondern es solle ein Gesamtkonzept geben, welches sich in seinem Wirkungsbereich vom Forum bis zum Beginn der Altstadt erstrecken solle. Damit gehe die vorbereitete Planung in der Verwaltung weiter als der Antrag von Stv. Wagner. Dieser Antrag sei nur sektoral. StR **B e c k** warb dafür, diesen Gesamtansatz miteinander vorzunehmen. Dieser Plan werde dann auch weitreichender sein, als die bisherigen Entwürfe der Bebauungspläne. Dass etwas in diesem Bereich getan werden müsse, sei in allen Parteien unstrittig. Man streite im Augenblick nur über die Art und Weise der Ausführung.

FrkV **M i c h a l e k** erkundigte sich danach, wie der Planungsauftrag für die angeordnete Planung lautet. StR **B e c k** erwiderte, dass im Augenblick eine entsprechende Vorlage durch die Bauverwaltung vorbereitet und in Kürze in den Gremien vorgestellt werde. FrkV **M i c h a l e k** erkundigte sich weiter nach der im Mai 2007 beschlossenen Veränderungssperre, die seiner Meinung nach im Mai 2009 ausläuft. Herr **P r e i ß** erläuterte, dass die öffentliche Bekanntgabe für die Frist der Veränderungssperre maßgeblich sei und diese erst im Sommer 2008 erfolgte.

Stv. **P o h l** machte deutlich, dass die Äußerung von StR Beck im Widerspruch zu dem bisherigen Handeln der Verwaltung stehe. Er begrüßte grundsätzlich den Wunsch nach einem Gesamtkonzept. Allerdings machte er deutlich, dass in der Vergangenheit und auch jetzt viel Geld in den Haushalt für Baumaßnahmen eingestellt worden sei, ohne dass man vorher genau wüsste, welches Ziel damit erreicht werden solle.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** kritisierte das in dem Antrag gewünschte Konzept als grundsätzlich falsch. Er halte diesen Ideenansatz für nicht sinnvoll. Es habe in der Vergangenheit ständig Diskussionen über einen Neubeginn in der Bahnhofstraße und für den Einzelhandel gegeben. Er nannte dafür als Beispiel das Kaufhaus Mauricius und den Lahnhof. Dafür brauche man aber kein einengendes Konzept, sondern es müsse ein Investor gefunden werden, der hier Geld investiert und dann könne man eine entsprechende Planung umsetzen. Die Bauverwaltung müsse ohnehin ihre Planungen den Gremien zur Entscheidung vorlegen. Er bezweifelte, ob Konzepte, die ohne konkreten Investor vorbereitet werden, überhaupt Sinn machen und greifen könnten, da ein Investor andere Ideen haben könne und man die Planungen wieder verwerfen müsse. Auch das Einbeziehen der Bürger, was die SPD in ihren Vorlagen immer wieder vorschlägt, bringe die Stadt hier in der Sache nicht weiter. In der Vergangenheit seien bereits viele Ansätze mangels eines Investors im Vorfeld gescheitert.

StR **B e c k** machte noch einmal deutlich, dass es sich hier nicht um ein Entwicklungskonzept, sondern um einen Entwicklungsplan handele. Es brauche aber dafür auch umsetzbare Anregungen, die von einem Investor ausgefüllt werden können. Die Bauverwaltung und der Magistrat wollen einen Plan, der beschlossen wird und der dann mit einem Büro zusammen sukzessive umgesetzt und in den weiteren Phasen begleitet wird.

FrkV **M i c h a l e k** machte deutlich, dass es seiner Meinung nach „albern“ sei, den Antrag aufgrund des Begriffs „Konzept“ zu „verteufeln“. Die Bauverwaltung wolle doch im Prinzip nichts anderes machen. Es mache nur Sinn, etwas zu planen, wenn man weiß, was konkret dort hinkommen soll. Insofern sei er auf die Vorlage der entsprechenden Planungen gespannt. Wenn der Magistrat etwas größeres und über die Bahnhofstraße hinausgehendes plant, werde man zu gegebener Zeit darüber beraten. Er äußerte noch einmal den Wunsch, die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel von 30.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis die Planungen in den Gremien vorgelegt worden seien.

StR **B e c k** teilte mit, dass er grundsätzlich die Auffassung von FrkV Michalek teile. Dass man den Sperrvermerk nicht angebracht habe, habe psychologische Gründe, da man den Anwohnern signalisieren wolle, dass sich etwas tut. Außerdem könne es vorkommen, dass mit der Gesamtplanung auch sukzessiv Maßnahmen umgesetzt werden müssten. Die Planung werde den Stadtverordneten ohnehin vorgelegt, so dass man dann über die einzelnen Maßnahmen entscheiden könne. StR **B e c k** sagte zu, die Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 € nicht einzusetzen, bevor die Planungen in den Gremien beraten wurden.

Abstimmung: 4.6.1

TOP 6

1278/09

Errichtung eines Kindergartens im Bereich der Spilburg Prüfungsauftrag

Zunächst wurde auf die Stellungnahme des Magistrats vom 04.05.2009 verwiesen. Der Antragsteller, Stv. **M e i ß n e r**, bat darum, den Vorgang zunächst im Geschäftsgang zu belassen, um die Stellungnahme zu prüfen und den Antrag ggf. im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu beraten. Stv. **P o h l** erkundigte sich nach dem Beratungsergebnis im Sozialausschuss. Dort sei der Antrag aufgrund der am Sitzungstag noch nicht vorliegenden Stellungnahme im Geschäftsgang verblieben.

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

TOP 7

1323/09

Neubau eines Bürgerhauses im Stadtteil Hermannstein

Der Antragsteller, Stv. **K l e b e r**, erläuterte zunächst seinen Antrag. Er nahm Bezug auf die Situation des Gasthauses Rühl, das offiziell den Gaststättenbetrieb beendet habe bzw. die hohen Investitionskosten, die zur Sanierung des Saals notwendig seien, nicht aufbringen könne. Er rechne damit, dass es keine Kaufinteressenten bzw. Interessenten gebe, den Betrieb weiter zu führen. Außerdem machte er deutlich, dass bei dem Neubau der Schule versäumt wurde, einen Raum für festliche Veranstaltungen im Stadtteil Hermannstein anzubauen. Er war der Meinung, dass das, was für andere Stadtteile gelte, auch in Hermannstein gelten müsse.

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h fragte nach, ob es keine Möglichkeit gebe, den Saal der ehem. Gaststätte Rühl weiter zu nutzen. Stv. K l e b e r war der Auffassung, dass man weitestgehend davon ausgehen könne, dass dies nicht mehr der Fall sein werde. Seit 2005 versuche die Stadt, etwas mit der Fam. Rühl zu erreichen. Bisher habe dies nicht geklappt. Er habe daher keine Hoffnung, dass dies in naher Zukunft gelingen werde.

Stv. P r o s s machte deutlich, dass bei einer Neukonzessionierung der Gaststätte und des Saals die Investitionskosten für die Sanierung so hoch seien, dass dies kein Interessent tragen könne.

Stv. B r e i d s p r e c h e r führte aus, dass sich die öffentliche Hand seit zwanzig Jahren immer mehr in einer angespannten Finanzsituation befinde. In allen vergleichbaren größeren Städten werden Bürgerhäuser geschlossen oder privatisiert. Die Entwicklung, wie sie seit den späten 60er Jahren mit Neubauten von Schwimmbädern und Bürgerhäusern eingetreten ist, lasse sich nicht weiter fortführen. In dieser Situation wolle nun der Ortsbeirat Hermannstein ein neues Bürgerhaus bauen, dies sei absolut unverständlich. Es wurden Ausweichquartiere geschaffen, z. B. der Bürgersaal im Rathaus. Dies müsste eigentlich ausreichend sein. Im Übrigen würde ihn interessieren, wie viele Veranstaltungen es in Hermannstein gebe, bei denen mehr als 200 Personen anwesend seien.

Stv. K l e b e r widersprach den Ausführungen von Stv. Breidsprecher. Wenn man sich in den anderen Stadtteilen umschaue, haben fast alle Stadtteile Bürgerhäuser. Dort wurden und werden teilweise ein bis zwei Millionen € in die Sanierung dieser Bürgerhäuser investiert. Von daher stelle er die Frage, warum dies nicht in Hermannstein geschehen können. Zu der Frage nach den Veranstaltungen teilte er mit, dass der Bürgersaal für Ortsbeiratssitzungen und Trauerkaffees genutzt werde. Dafür wurde investiert und dafür wurde auch ein behindertengerechter Aufzug installiert. Außerdem werde der Saal von der betreuten Grundschule, die im Verwaltungsgebäude provisorisch untergebracht sei, genutzt. Auch damit die Schüler eine gewisse „Auslauffläche“ haben. Außerdem werde seit kurzem dort auch das Mittagessen für die Schüler durchgeführt. Daneben benutzten Vereine, Verbände und die Volkshochschule diesen Saal, so dass er relativ gut belegt sei. Das reiche aber nicht für die Vereinsarbeit. Es gebe auch andere Gruppen, z. B. Senioren etc., die sich mal treffen wollten und die dafür eine entsprechende Räumlichkeit brauchten.

Außerdem musste aufgrund der Erfüllung von Brandschutzaufgaben die Be- und Entlüftung des Saals im Rathaus weggenommen werden, das fehle jetzt. Von daher sei der Bürgersaal auch nur ein Notbehelf. In Hermannstein gebe es 13 Vereine mit vielen großen Veranstaltungen. Außerdem könne man, wenn man ein Bürgerhaus hätte, wie in der Vergangenheit wieder größeren Firmen anbieten, dort ihre Veranstaltungen und Versammlungen durchzuführen. Von daher fordere man einen Saal mit einer Bühne, abteilbar in mehrere Räume, damit auch die Vereine entsprechend etwas davon haben.

FrkV M i c h a l e k machte deutlich, dass man die neue Turnhalle auch für Hermannstein saniert habe, damit man sie entsprechend nutzen kann. Er wehre sich vehement gegen einen Neubau. Dies sei nicht mehr zeitgemäß und aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Wetzlar vollkommen ausgeschlossen. Die Sanierung der anderen Bürgerhäuser sei im Wesentlichen durch Altlasten begründet. Wegen dieser Altlasten kämpfe man mit Steuergeldern um die Sanierung. Dies sei schon

schlimm genug, da müsse man nicht auch noch ein neues Bürgerhaus bauen. Er verwies auf die Stadt Solms, die kürzlich verfügt hätte, dass die Stadthalle in Solms als Bürgerhaus für alle Stadtteile genutzt werden solle. Fazit sei, dass die Stadt sich ein neues Bürgerhaus nicht leisten könne.

Stv. **Breidsprecher** bestätigte die Ausführungen von FrkV Michalek und machte deutlich, dass es absolut falsch wäre, wie in den 70er Jahren wieder Bürgerhäuser und Schwimmbäder zu bauen. Teilweise kämpfen die Kommunen heute noch mit den Problemen solcher Einrichtungen und müssen die Folgekosten bewältigen. Die Ortsteile hätten sich in der Vergangenheit nach Auflösung der Stadt Lahn gegenseitig hochgeschaukelt und immer weitere Forderungen in Richtung Stadt gestellt. Genau auf dieser Welle wolle der Ortsbeirat Hermannstein jetzt wieder reiten. Dies könne man nicht unterstützen. Er verwies auf die Sanierung der Turnhalle in Dutenhofen, die zukünftig als Bürgerhaus genutzt werde. Daran könne man sich ein Beispiel nehmen. Im Übrigen sei das Bürgerhaus der Stadt Wetzlar die Stadthalle, die auch von allen Wetzlarer Vereinen genutzt werden könne. Des Weiteren sei abschließend die Frage zu stellen, woher das Geld für die ganzen Baumaßnahmen kommen solle.

Daraufhin stellte Stv. **Kleber** die Frage, wer in den letzten 30 Jahren die Investitionen der Stadt im Wesentlichen finanziert habe und nahm dabei Bezug auf die Gewerbesteuerzahlung der auf Hermannsteiner Gemarkung liegenden Werke von Buderus Edelstahl. FrkV **Michalek** erwiderte, dass dies genau das Stadtteildenken sei, das er verurteile. Es ginge nicht darum, dass eine Firma auf der Gemarkung eines Stadtteiles liege, sondern diese Firma sei in Wetzlar und zahle in Wetzlar die Gewerbesteuer und für Wetzlar werden die entsprechenden Steuermittel aufgewendet und verwendet.

AV Prof. Dr. **Schmidt-Burbach** machte deutlich, dass Hermannstein immer noch Bestandteil der Stadt Wetzlar sei. Stv. **Pohl** führte aus, dass es hier um die Entscheidung gehe, ob man ein Bürgerhaus bauen wolle oder nicht. Im Übrigen sei dies auch nur ein Grundsatzantrag. Ob neu gebaut werden müsse oder ob man evtl. die Gaststätte Rühl umbauen oder sanieren könne, solle von der Verwaltung geprüft werden.

FrkV **Michalek** machte daraufhin deutlich, dass es kein Produkt „Bürgerhäuser“ im Haushalt der Stadt Wetzlar gebe. Insofern richte sich der Antrag an den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadthallen und er stellte klar, dass es in dem Antrag seiner Meinung nach sehr wohl um einen Neubau eines Bürgerhauses gehe und dies müsse auch entschieden werden.

Stv. **Breidsprecher** erkundigte sich nach dem Abstimmungsverhalten des Ortsbeirates Hermannstein. Stv. **Kleber** teilte mit, dass zwei CDU-Mitglieder und ein FW-Mitglied gegen den Antrag gestimmt hätten. Auf Nachfrage von Stv. Breidsprecher teilte er weiter mit, dass es seitens der SPD eine Enthaltung gegeben habe.

Abstimmung: 4.7.0

TOP 8

1281/09

**Ausbau Brückenstraße / Hausertorstraße
Begrünung und Platzgestaltung**

Stv. P o h l wollte wissen, wie der Denkmalbeirat beraten habe. Herr A d a m i teilte mit, dass der Denkmalbeirat nicht - wie in der Vorlage dargestellt - am 20.04.2009, sondern am 27.04.2009 die Planungen beraten habe. StR B e c k machte deutlich, dass der Denkmalbeirat ein Hilfsorgan des Magistrats sei und dass die Abstimmungen dort nichtöffentlich seien. Somit könne er das Abstimmungsverhalten nicht mitteilen.

Stv. P o h l erkundigte sich ergänzend, ob der Magistrat nach dem 27.04.2009 noch einmal über den Antrag unter Berücksichtigung der Äußerung des Denkmalbeirates beraten habe. StR B e c k wies noch einmal darauf hin, dass es keine Auskunftspflicht gebe, wie der Denkmalbeirat beraten habe. Er machte aber deutlich, dass der Antrag - auch nachdem der Denkmalbeirat getagt habe - nicht mehr geändert worden sei.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 9

Sachstandsberichte

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h wies auf den neuen Tagesordnungspunkt „Sachstandsberichte“ hin, die man zukünftig an dieser Stelle beraten wolle. FrkV M i c h a l e k begrüßte den neuen Tagesordnungspunkt und stimmte der Regelung zu.

TOP 9.1

Vergrößerung Pendlerparkplatz Münchholzhausen

StR B e c k wies darauf hin, dass er sich auf diesen Themenkomplex nicht vorbereitet hätte. Er kritisierte die Art und Weise der Anfrage von Stv. Pohl, der per E-Mail eine gleichlautende Anfrage in die Verwaltung gegeben habe. Ansprechpartner für die Stadtverordneten sei der Magistrat bzw. das Stadtverordnetenbüro. Insofern sei der Weg der Anfrage falsch gewesen. Grundsätzlich begrüße er aber diesen Tagesordnungspunkt.

Stv. P o h l machte deutlich, warum er seine Anfrage gestellt habe. Es wäre schön, wenn diese Sachstandsberichte vom Magistrat zukünftig automatisch kommen würden, ohne dass die Stadtverordneten immer wieder nachfragen müssten. Auch wäre es aus seiner Sicht gut, wenn dieser Punkt fester Bestandteil der Tagesordnung werden würde.

StR B e c k bestätigte dies, vertrat aber auch die Auffassung, dass dann die Anfragen konkretisiert werden müssten. Man könne nur dann berichten, wenn man sich entsprechend vorbereiten könne.

TOP 9.2

Erweiterung Deponie Eulingsberg

StR B e c k teilte mit, dass Herr Mock sich für diese Sitzung entschuldigt habe und kündigte den Sachstandsbericht für die Erweiterung der Deponie Eulingsberg für die nächste Bauausschusssitzung an.

TOP 10

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 26.03.2009

Mitteilungen

StR B e c k beantwortete folgende Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen:

- Anfrage der Stv. Droß bezüglich Taubensteinbrücke

Nach DIN 1076 „Ingenieurbauwerke im Zuge von Straßen und Wegen - Überwachung und Prüfung“ sind die Bauwerke alle 6 Jahre einer Hauptprüfung und jeweils 3 Jahre nach einer Hauptprüfung einer einfachen Prüfung zu unterziehen. Dazwischen sind jährlich Besichtigungen durchzuführen. Bei der Taubensteinbrücke wurde zuletzt im Vorjahr eine Besichtigung durchgeführt. Eine solche Besichtigung erfolgt ohne größere Hilfsmittel, wie Besichtigungsfahrzeuge, Rüstung und dergl. und dient zur Feststellung augenscheinlich feststellbarer außergewöhnlicher Veränderungen und erheblicher Mängel am Bauwerk. Derartige Veränderungen und Mängel wurden bei dieser Besichtigung nicht festgestellt. Im Jahr 2009 steht eine einfache Prüfung noch an, wobei dann eine nähere Untersuchung des Bauwerkes erfolgt.

- Anfrage der Stv. Droß bezüglich Regelung für Radfahrer zum Befahren der Fußgängerzone entgegen der Einbahnregelung Hauser Gasse

Von der Straßenverkehrsbehörde wurde die Demontage des Schildes nicht angeordnet. Es sei aber auch aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde nicht bekannt, dass es einmal erlaubt gewesen sei, die Fußgängerzone mit dem Rad zu befahren. Vielmehr scheint es aus Gründen der Leichtigkeit des Fußverkehrs nicht angeraten, bei der vorhandenen Enge in diesem Bereich eine derartige Regelung seitens der Stadt herbeizuführen. Von daher wird die Freigabe des Befahrens der Fußgängerzone durch Radfahrer nicht befürwortet.

- Anfrage des FrkV Michalek bezüglich Ausschreibungsergebnis Stadion

Die Kostengegenüberstellung ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

- Anfrage des FrkV Michalek bezüglich Kleine Brücke Lahninsel (glatte Stellen)

Die entlang der Mühlgrabenstraße verlaufende Natursteinmauer dient gegenüber der Lahn als Hochwasserschutz der Altstadt vor Überflutungen. Im Bereich des Brückenbauwerkes ist diese Mauer unterbrochen, so dass diese Öffnung mit einer mobilen Schutzwand bei Bedarf verschlossen wird. Zum Einbau dieser mobilen Schutzwand sind in den Wandungen U-Profile eingelassen, welche in der Fahrbahn- bzw. Gehwegebene mit einer oberflächenbündigen Metallschiene als ebenflächiges Auflager der Schutzwand verbunden sind. Diese aus Edelstahl bestehende - ca. 15 cm breite - Schiene ist an ihrer Oberfläche metallisch glatt, was

offensichtlich zu den von FrkV Michalek angesprochenen, aber dem Fachamt bisher unbekanntem Problem geführt hat. Das Fachamt wird veranlassen, dass die Oberfläche der glatten Metallschiene mit einer geeigneten Beschichtung aufraut wird.

- Anfrage des Stv. Pohl bezüglich Falkenstraße/Zwirleinstraße

Das Stadtbetriebsamt hat die Baumstämme von der Falkenstraße etwas verrückt, um die Befahrbarkeit für Rollstuhlfahrer zu verbessern.

Anfragen

- FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach Art und Weise der derzeit durchgeführten Baumaßnahmen in der Friedenstraße hinter dem Naturschutzzentrum. StR B e c k sagte Überprüfung zu.

- Stv. K u n z erkundigte sich nach dem Zaun entlang des Kasernengeländes am Magdalenenhäuser Weg. Er sei der Meinung, dass der Zaun sehr schlecht aussehe und bat um Prüfung, ob man ihn entsprechend herrichten könne, bis das neue Bau- feld umgesetzt werde. Herr H a r t e r t erläuterte, dass der Zaun dort extra ver- blieben sei, da das Bau- feld derzeit in der Planung sei und man das Gelände etwas abschirmen wolle. Die Substanz des Zaunes sei aber nicht schlecht, auch wenn er verrostet aussehe.

- FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach dem Sachstand des Konjunkturpaketes II und dem Sonderinvestitionsprogramm. Herr H e m m e l m a n n teilte mit, dass die Landestreuhand-Bank für Infrastruktur die Antragsunterlagen für das Landes- programm inzwischen geprüft habe und die Unterlagen in Ordnung seien. Mit dem heutigen Tage (07.05.2009) sei der Zuwendungsbescheid für das Landesprogramm in Wetzlar eingegangen.

- FrkV M i c h a l e k bat um Mitteilung, wann die Toilette auf der Lahninsel fertig- gestellt sei und ob es richtig sei, dass dort eine Fußbodenheizung eingebaut werden solle. StR B e c k nahm noch einmal Bezug auf die irrtümlich im Raum stehende Äußerung, dass die Toilettenanlage im Dezember 2008 fertiggestellt sein sollte. Dies bezog sich nur auf den Technikraum für die Wasser- und Lichtorgel. Richtig war, dass man vorgehabt hätte, die Toilettenanlage Ende April 2009 fertigzustellen. Es gab aber Verzögerungen durch Lieferschwierigkeiten bei einzelnen Einrichtungs- gegenständen. Auch müsse diese Toilettenanlage vandalismusresistent sein, von daher werde sie erst Mitte Mai fertiggestellt.

Die Fassade sei so gestaltet, dass sie nach Möglichkeit Graffitibesprühungen ab- halten soll. Das Gebäude müsse beheizt werden und die Fußbodenheizung sei die am besten geeignete Variante, da Heizkörper oft zerstört oder beschmiert werden. Die ursprünglich für die Maßnahme geplanten Mittel reichten aus.

- FrkV M i c h a l e k bat um einen Sachstandsbericht zum Thema „Biergarten Haar- platz“. Insbesondere wollte er wissen, wann mit den Bauarbeiten begonnen werde. StR B e c k sagte Beantwortung für die nächste Sitzung zu.

- FrkV M i c h a l e k fragte an, wann mit der Sanierung des abgebrannten Hauses

in der Schmiedgasse begonnen werde. StR B e c k sagte Beantwortung zu.

- Stv. P o h l wies darauf hin, dass das Spantenbauwerk am Forum durch Taubenkot sehr stark verunreinigt sei. Er bat um Abhilfe.
- Stv. P o h l erkundigte sich nach einem potentiellen Investor für den Sandstrand, den OB Dette in der Stadtverordnetenversammlung angekündigt habe. StR B e c k bestätigte, dass es Gespräche gegeben habe, aber das vorgelegte Konzept so nicht umgesetzt werden konnte. Insbesondere müsse man abwarten, bis man eine wasserbehördliche Genehmigung durch den RP eingeholt habe. Da der potentielle Sandstrand im Hochwasserschutzgebiet liege, seien bestimmte Einrichtungen nicht möglich. Dies müsse man abwarten. Stv. P o h l verwies auf die im Haushalt eingestellten 20.000 € für dieses Projekt und fragte an, ob noch eine entsprechende Vorlage zu erwarten sei. Dies wurde von StR B e c k bestätigt.
- Stv. P o h l erkundigte sich danach, ob es richtig sei, dass die Gebäude am Magdalenenhäuser Weg unter Zwangsverwaltung stehen und wollte wissen, ob das für die Stadt eine Bedeutung habe. Herr H a r t e r t bestätigte die Entwicklung und teilte mit, dass die Firma, die die Häuser im Eigentum habe, kurz vor dem Konkurs stehe. Man werde von Seiten der Stadt die Entwicklung beobachten.
- Stv. P o h l bezog sich auf die geplante Sanierung des Hallenbades Europa und fragte an, ob der Förderbescheid des Landes inzwischen ergangen sei und ob die Arbeiten planmäßig in 2010 durchgeführt werden können. StR B e c k sagte Beantwortung zu.

Stv. P o h l bezog sich auf die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 02.12.2008 und die darin von StR Beck gemachte Aussage, dass die Förderhöhe für das vorgesehene Blockheizkraftwerk im Februar 2009 bekannt sein solle. Des Weiteren habe StR Beck in o. g. Sitzung die Erstellung einer Prioritätenliste angekündigt. Stv. P o h l bat daher um Sachstand. StR B e c k sagte Beantwortung bis zur nächsten Sitzung zu.

Niederschrift vom 26.03.2009

FrkV M i c h a l e k verwies auf Seite 7 und die Protokollierung zu TOP 3, zweiter Absatz: Anstatt „Schulbauprojekte“ müsse es richtig lauten „Bildungsprojekte“.

Im Übrigen wurde die Niederschrift einstimmig genehmigt.

TOP 11 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.